

von Bartholomäus Grill

Die Al-Azhar-Moschee am Rande der Kapstädter Innenstadt wurde frisch gestrichen, die Außenwände leuchten jetzt rot, grün, weiß und schwarz. „Die Farben Palästinas“, erklärt Scheich Ismael Keraan, der Vorsteher der Moschee, „ein Zeichen unserer Solidarität für ein unterdrücktes Volk“. Keraan, geboren 1954, ist unweit der Moschee aufgewachsen, er hat erlebt, wie Bulldozer sein Stadtviertel, den District Six, dem Erdboden gleichmachten und alle Bewohner zwangsumgesiedelt wurden. Sie hatten die falsche Hautfarbe, ihr ethnisch gemischtes Quartier lag in einer Zone, in der ausschließlich Weiße wohnen durften. Nur die Kirchen und Moscheen blieben verschont, sie stehen wie Monolithen auf verwildertem Brachland, das bis heute nicht bebaut wurde.

Rund 3,5 Millionen „Natives“, „Eingeborene“, wurden in der Zeit der Apartheid vertrieben. „Die Palästinenser machen jetzt durch, was wir damals durchgemacht haben“, sagt Keraan und rückt seinen Tarbusch zurecht, gleich beginnt das Freitagsgebet. Eigentlich sei die Lage in Gaza noch viel schlimmer. „Wir sehen jeden Tag die Bilder – die Zerstörungswut der Israelis übersteigt die Gewaltexzesse der Apartheid bei Weitem.“

Aber kann man die südafrikanische Rassendiktatur mit einem demokratischen Staat gleichsetzen, der aus der Asche von Auschwitz geboren wurde? Wo liegt die Grenze zwischen legitimer Kritik an Israels rechtsnationaler Regierung und dem Hass auf ein ganzes Land? Ist es schon antisemitisch, wenn man die Lage in den besetzten Palästinensergebieten mit der Apartheid vergleicht?

„Nein, definitiv nicht“, sagt Yehuda Shaul. Er steht vor einem heruntergekommenen Gebäude in der Altstadt von Hebron, die die israelische Armee okkupiert hat. Der Hauzeingang an der Shuhada-Straße wurde zugewandelt, in den Fensterlaibungen wuchert Unkraut. Shaul fährt mit dem Finger über die Schweifmauer. „Palästinenser, die hier wohnen, dürfen die Straße nicht mehr betreten“, sagt er. Sie können ihre Häuser nur rückseitig verlassen. Oder sie müssen über die Nachbardächer ins Freie klettern.

Die Shuhada-Straße, einst eine Hauptverkehrsader des Viertels, wurde „sterilisiert“, wie es im Jargon der israelischen Streitkräfte (IDF) heißt. „Das bedeutet, dass die Straße frei von Arabern ist“, erklärt Shaul. Keine Menschenseele weit und breit, ringsum verlassene Häuser, verfallene Fenster und Türen, ausgestorbene Marktplätze. Shaul zeigt Fotos, auf denen zu sehen ist, wie belebt die Straßen einst waren: „Die israelische Armee hat alles geräumt und die palästinensischen Bewohner vertrieben.“ Das Viertel wirkt jetzt so leer und still wie der District Six in Kapstadt.

Hebron: in zwei Zonen geteilt

Yehuda Shaul, 42 Jahre alt, ein schwerer Mann mit Sonnenhut, kennt die Gegend gut. Er trug einen Stahlhelm, als er vor über 20 Jahren in Hebron in der israelischen Armee diente, um einen Aufstand der palästinensischen Bevölkerung niederzuhalten. „Wir bekämpften die Terroristen. Ich dachte, wir sind die good guys.“ Die anständigen Kerle.

Hebron, ein Epizentrum des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern, ist in zwei Zonen aufgeteilt: H1 steht unter palästinensischer Verwaltung, H2 wird von der israelischen Armee kontrolliert. Sie schützt die Enklave der 800 Juden, die in diesem Sektor unter 35.000 Palästinensern leben – und schränkt deren Grundrechte massiv ein.

Yehuda Shaul, aufgewachsen in einer orthodoxen jüdischen Familie, war ein Rädchen im System der Separation, er erzählt, wie seine Einheit Palästinenser drangsalierte, Familien aus dem Schlaf riss, Häuser durchsuchte und verwüstete, Granaten in Wohngebiete schoss. „Alles zum Zwecke der Gefahrenabwehr. Doch irgendwann konnte ich nicht mehr rechtfertigen, was ich tat. Mein Weltbild stürzte in sich zusammen.“

Shaul gründete mit anderen Veteranen die Organisation „Schovrim Schitka“ (Breaking the Silence: Das Schweigen brechen), um die Übergriffe der IDF zu dokumentieren. Die normalen Bürger lasse das gleichgültig, sagt Shaul, die meisten hätten keine Ahnung von dem Unrecht, das israelische Soldaten in den besetzten Gebieten verübten. „Wenn Menschen danach unterschieden werden, zu welcher ethnischen Gruppe



„Wir sind doch keine Diktatur!“

Apartheid Ist die Gleichsetzung des Regimes der Rassentrennung in Südafrika mit den Verhältnissen in Israel und Palästina berechtigt? Wo liegt die Grenze zwischen sinnvoller Kritik an Israel und Hass auf ein ganzes Land?



Die Trennlinien in Südafrika waren oft unsichtbar, jene der Besatzung sind es nicht (Checkpoint und Patrouille in Hebron)

sie gehören, und wenn einer Gruppe Grundrechte vorenthalten werden, dann spreche ich von Apartheid.“

Auch B'Tselem erhebt diesen Vorwurf. Die israelische Menschenrechtsorganisation hat zahlreiche Beispiele für illegale Landnahmen, Zerstörung von Häusern, Zwangsumsiedlungen, drastische Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, gezielte Tötungen, Folter und brutale Übergriffe aller Art in den von Israel okkupierten Gebieten dokumentiert.

1948, im Geburtsjahr des Staates Israel, wurden 750.000 Palästinenser vertrieben. Es ist ein historischer Zufall, dass im gleichen Jahr die Apartheid eingeführt wurde. Einen größeren ideologischen Gegensatz zwischen den politischen Eliten in Israel und Südafrika könnte man sich kaum vorstellen. Die einen handelten im Geist eines ursprünglich linksgerichteten Zionismus, der eine sichere Heimat für weltweit verfolgte Juden anstrebte, die anderen waren blanke Rassisten in nationalsozialistischer Tradition.

Doch sie teilten ähnliche Ängste. Das weiße Minderheitsregime in Südafrika fürchtete die „swart gevaar“, die Bedrohung durch den Befreiungskampf der schwarzen Mehrheit. Die Israelis sahen

sich von Millionen muslimischen Arabern umringt, die ihnen das Existenzrecht absprachen. Bedrohungsängste führen zu Sicherheitsfundamentalismus. Dazu kommt das religiöse Sendungsbewusstsein, einem von Gott auserwählten Volk anzugehören.

In den 1970er-Jahren festigten die beiden Länder Südafrika und Israel ihre freundschaftlichen Beziehungen und kooperierten bei der Entwicklung und Produktion von Kriegswaffen wie dem Jagdflugzeug Cheetah; Tel Aviv schickte Militärberater ans Kap, Pretoria finanzierte Rüstungsprojekte in Israel und soll den Verbündeten mit Uran versorgt haben. Der Kibbuz Beit Alfa lieferte Spezialfahrzeuge zur Aufstandsbekämpfung nach Südafrika.

Menschenreservate

Der Verteidigungsminister und spätere Regierungschef Ariel Scharon besuchte mehrfach die Kaprepublik; er sah in den Bantustans, den Menschenreservaten für Schwarze, ein Modell für die palästinensischen Autonomiegebiete. Heute ähneln die besetzten Teile des Westjordanlandes dem Flickenteppich der einstigen Homelands. Mittlerweile haben dort über eine halbe Million jüdische Siedler völkerrechtswidrig Land

annektiert. Die Rechtsextremisten in der Netanjahu-Regierung wollen ihre Zahl verdoppeln und die Gebiete, die sie nach den biblischen Namen Judäa und Samaria benennen, anneklieren – es wäre das endgültige Aus für die Zweistaatenlösung, an die ohnehin nur noch wenige glauben.

„Die Siedler rauben unser Land, und das israelische Militär führt hier ethnische Säuberungen durch“, sagt Issa Amro. Er schaut hinunter auf die Altstadt von Hebron. Dort liegt sein Elternhaus, aus dem er und seine Familie von Soldaten verjagt wurden; das Gebäude ist im Hitzegefimmel nur schwer zu erkennen. Amro wohnt jetzt in Tel Ru-meida auf dem Berg gegenüber. Ein steiniger Pfad, der sich durch einen alten Olivenhain schlängelt, führt hinauf zu dem mit sandgefüllten Ölfässern, Steinwällen und Metallgittern gesicherten Haus. „Ich muss mich verschansen, denn ich werde ständig von meinen netten Nachbarn attackiert“, sagt Amro. „Sie werfen Müll über den Zaun, reißen Pflanzen im Garten aus, stehlen Wassertanks.“ Er deutet mit dem linken Arm auf den kleinen Weinberg von Siedlern, die direkt oberhalb leben. Sein rechter Arm ruht in einer grauen Schlinge. „Der letzte Angriff. Junge Schläger mit Stahlrohren.“

Mauer aus Stahlbeton

Issa Amro, 45, bullige Gestalt, silbergrauer Bart, Stentorstimme, gehört zu den bekanntesten Friedensaktivisten im Westjordanland. Seit Jahren führt er gewaltfreie Proteste gegen das Besatzungsregime an, 2024 erhielt er für sein Engagement den alternativen Nobelpreis. „Für die illegalen Siedler in der Westbank gilt das israelische Zivilrecht, wir aber stehen unter Militärrecht“, sagt Amro. Das sei nur einer von vielen Belegen für die real existierende Apartheid.

Am Checkpoint Qalandia zwischen Ostjerusalem und Ramallah, an dem palästinensische Pendler jeden Tag schikaniert werden, fühlt man sich an die einstige deutsch-deutsche Zonengrenze erinnert: Wachtürme, Panzersperren, Stacheldrahtverhau und eine monstros Mauer aus grauen Stahlbetonplatten; sie ist bis zu acht Meter hoch und trennt auf insgesamt 759 Kilometern Israel und das Westjordanland. Im alten Südafrika waren die Demarkationslinien zwischen „weißen“ und „schwarzen“ Territorien oft gar nicht zu erkennen. Man hatte freie Fahrt auf dem Weg in die Bantustans, die Schlagbäume standen offen, Wachposten blieben unbesetzt.

Isolierte Siedlungen, zerkülfte Landstriche, absurde Verkehrsregularien, keine Bewegungsfreiheit, zahlreiche Vorschriften und Verbote – auf der Fahrt durch das Westjordanland denkt man unweigerlich an die Signaturen der Apartheid. Und dennoch führen platte Analogien zwischen Israel und Südafrika in die Irre.

Am Kap wurden dunkelhäutige Menschen als minderwertig eingestuft, Mischlingen galten als Blutschande. In Schulen, Krankenhäusern, Behörden, Bussen und Zügen, am Strand, im Kino, in Toiletten und selbst auf Friedhöfen herrschte eine rigorose Rassentrennung, die mit den Nürnberger Gesetzen vergleichbar war.

Das Burenregime institutionalisierte den Rassennach, die weiße Gewaltherrschaft über die schwarze Bevölkerungsmehrheit wurde in Gesetzen kodifiziert und zur Staatsdoktrin erhoben.

Israel hingegen ist nach wie vor eine liberale Demokratie – auch wenn die Regierung Netanjahu alles tut, um sie zu zerstören. Rund zwanzig Prozent der neun Millionen Einwohner sind arabischer Abstammung. Sie sind rechtlich gleichgestellt, werden aber oft als Bürger zweiter Klasse behandelt und in vielen Lebensbereichen benachteiligt. Im Westjordanland hingegen sind die Palästinenser der Willkür der israelischen Besatzer ausgeliefert. Einige ihrer Maßnahmen liefen auf das Verbrechen der Apartheid hinaus, befand ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs.

„Dort gibt es durchaus Ähnlichkeiten mit dem Unterdrückungssystem Südafrikas, aber Israel ist keine Diktatur, sondern ein demokratischer Rechtsstaat“, sagt Roni Mikel-Arieli. Die Kulturhistorikerin spricht für das liberale, religionsferne, kosmopolitische Israel. Die Demokratie sei allerdings fragil und werde mehr denn je von ultraorthodoxen und rechtsextremen Kräften bedroht. Der Schriftsteller David Grossman warnt in seinem jüngsten Buch vor einer „trügerischen Demokratie“.

Bartholomäus Grill, 71, lebt in Kapstadt. Er war lange Zeit Afrika-Korrespondent der Zeit und schrieb dann für den Spiegel aus Südafrika